

Verband Bildung und Erziehung Baden-Württemberg

Resolution

"Gute Bildung kostet Geld!"

Bildung ist der wichtigste Rohstoff des Landes Baden-Württemberg. Nur mit guter Bildung kann unser Land seine Zukunft sichern. In weiten Kreisen unserer Gesellschaft hat sich diese Meinung gefestigt. Daher ist es unumgänglich, dass jedes Kind entsprechend seiner Begabung, seiner Anlagen und seiner Fähigkeiten gefördert wird, wie dies die Verfassung unseres Landes Baden-Württemberg in Artikel 11 einfordert. Kontraproduktiv ist dabei die Forde-

rung des Landesrechnungshofes, 14.100 Lehrerstellen zu streichen. Eine Forderung, die leider im politischen Raum, insbesondere bei Ministerpräsident Kretschmann, auf fruchtbaren Boden gefallen ist.

Eineinhalb Jahre nach der Regierungsübernahme von Grün-Rot stellen sich damit die Bildungspolitik und deren geplante Finanzierung unter anderem wie folgt dar:

Bildungspolitische Maßnahmen (Beispiele)

Angedachte Belastungen im Schulbetrieb (Auswahl)

Auswirkungen auf die Lehrkräfte (Auswahl)

- Gewollte Erhöhung der Heterogenität in Klassen durch Abschaffung der Verbindlichkeit der Bildungsempfehlung
- Inklusive Beschulung
- Erhöhung des Dokumentationsaufwands allerorten (Portfolio / Vergleichsarbeiten usw.)
- Ausbau der frühkindlichen Betreuung
- Einrichtung von mehr Ganztagesschulen
- Abschaffung der Studiengebühren

- Stellenstreichungen
- Kürzung der Poolstunden
- Abschaffung des Beförderungsprogramms A 13 für HS-/WRS-Lehrkräfte
- Erhöhung der Arbeitszeit (für Fachlehrer/-innen und Gymnasiallehrer/-innen an Gemeinschaftsschulen)
- Erschwerung der Einstellung zusätzlicher Päd. Assistenten
- Schul- und Klassenschließungen
- Abschaffung der Sonderschulen, zumindest deren anzahlmäßige Reduktion

- Kürzungen in der Beihilfe
 erneute Absenkung der Eingangsbesoldung
- Kürzungen (Abschaffung?) der Altersermäßigung
- Deckelung der Besoldungsanpassungen und Abkopplung vom Tarifbereich
- Übernahme sonderpädagogischer Aufgaben
- Unterschiedliches Gehalt in Sekundarstufe I bei gleichen Aufgaben (A 12 / A 13 / A 14)
- weitere Arbeitsverdichtungen

Die Konsequenzen aus Schuldenbremse und Fiskalpakt werden auch in Baden-Württemberg zunehmend sichtbar. Haushaltskonsolidierung und eine bessere Bildungspolitik sind nur durch eine Umverteilung der zur Verfügung stehenden Mittel machbar.

Herr Kretschmann, wir fragen Sie:

- Warum haben Sie 20 Millionen für die Aufblähung Ihrer Ministerien ausgegeben?
- Was machen Sie mit den Steuermehreinnahmen in Milliardenhöhe in diesem Jahr?
- "Wir wollen die Ganztagesschulen ausbauen.
 Dafür müssen zusätzliche Lehrerstellen geschaffen werden." Gilt die Aussage aus dem Wahlprogramm 2011 der Grünen nicht mehr?

Der VBE fordert:

- Keine Einschnitte im Bildungsbereich!
- Keine einseitigen Sonderopfer des öffentlichen Dienstes!
- Keine zusätzlichen Belastungen für Lehrkräfte!
- Einstellungschancen für junge Lehrkräfte sichern!
- Kein Abbau von Lehrerstellen!

Unterstützen Sie unsere Resolution mit Ihrer Unterschrift auf der nächsten Seite!





Name, Vorname	Schulname	Unterschrift	

Wir setzen uns für gute Bildung ein!

Bitte spätestens bis Mitte November einsenden an:

VBE Verband Bildung und Erziehung Baden-Württemberg, Heilbronner Straße 41, 70191 Stuttgart